



AUSSENANSICHT

Die heimliche Macht

Systematisch baut China eigene internationale Strukturen auf, um globalen Einfluss zu gewinnen. Von Sebastian Heilmann

Die Aufmerksamkeit Europas richtet sich auf die drängenden Krisen in der eigenen Wirtschaft, in der Ukraine und im Nahen Osten – oder, wenn es um China geht, auf die Frage, wie die Führung des Landes wohl mit der Demokratiebewegung in Hongkong umgehen wird. Was dabei oft übersehen wird: Chinas Außenpolitik arbeitet so still wie systematisch auf eine Umgestaltung der internationalen Ordnung hin. Peking baut Parallelstrukturen zum bestehenden internationalen System aus. Mit einem Netz chinazentrierter Organisationen und Mechanismen stößt das Land gezielt in die Lücken etablierter zwischenstaatlicher Strukturen. China strebt damit eine größere Autonomie gegenüber den USA an und eine Ausweitung der Einflusssphäre über Asien hinaus. So sollen aus der Sicht Pekings internationale Organisationen und diplomatische Foren dem wachsenden Gewicht Chinas und anderer großer Schwellenländer sowie dem relativen Machtverlust der USA und Europas angepasst werden.

Die von China geförderten Parallelstrukturen erstrecken sich auf die Finanz- und Währungsökonomie, auf Handel und Investitionen, Infrastrukturprojekte, Sicherheitsfragen, Technologiestandards und diplomatische Dialogforen. Die Führung in Peking betreibt zudem die Internationalisierung ihrer „Volkswährung“, des RMB. Erklärtes Ziel ist es, die Dominanz des US-Dollars als globaler Leit- und Reservewährung zu begrenzen und auf eine multipolare Weltwährungsordnung hinzuarbeiten. Seit Jahren baut China an einem weltweiten Netz entsprechender Abkommen. Der Aufbau eines eigenen Zahlungssystems für RMB-Transaktionen in Konkurrenz zum bestehenden SWIFT soll die Autonomie gegenüber US-zentrierten Finanzmarktstrukturen weiter erhöhen.

Die Proteste in Hongkong haben für die Regierung in Peking zunächst vor allem eine Wirkung: Bisher hat sie die Stadt vor allem als Zugang zu den globalen Finanzmärkten genutzt. Pekings Sicht auf die Nützlichkeit und Verlässlichkeit Hongkongs wird künftig jedoch sehr viel kritischer ausfallen. Der Nutznießer dürfte Schanghai sein: Die chinesische Regierung wird den Ausbau der Mega-Stadt zum führenden Finanzplatz Chinas deutlich beschleunigen.

Chinas Vorstöße folgen einer inneren Logik. Nach Auffassung der Führung in Peking schließen die USA aus machtpolitischen Gründen China bei der Neuordnung des Welthandels aus. Sie verhandeln ihre Freihandelsabkommen, ohne die mittlerweile größte Güterhandelsökonomie China überhaupt mit einzubeziehen. Da versuchen nun die Chinesen gegenzuhalten, das Beispiel durch eine Initiative im asiatisch-pazifischen Raum, die „Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft“ (RCEP). Sie würde die zehn Staaten der ASEAN-Gruppe sowie Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland einschließen – also einen Raum, in dem ein Großteil des globalen Wirtschaftswachstums erzeugt wird.

Wichtig für Chinas Schichten ausbleiben sind auch handelsrelevante infrastrukturelle. Der von Chinesen betriebene und angelegte „Jahreszeiten-Wirtschaftskorridor“ ist ein transpazifischer Transportkorridor, der sich von Asien über den Pazifik bis nach Europa erstreckt. Ziel ist es, einen Transportkorridor von Europa nach Asien zu etablieren und sukzessive die Handelsstrukturen entlang des Korridors abzubauen. Im Sommer 2017 wurde die „Maritime Seidenstraße“ als ein Netzwerk von Seidenstraßen über die Golfküste nach Europa initiiert. Ziel ist es, einen Transportkorridor von Europa nach Asien zu etablieren und sukzessive die Handelsstrukturen entlang des Korridors abzubauen. Im Sommer 2017 wurde die „Maritime Seidenstraße“ als ein Netzwerk von Seidenstraßen über die Golfküste nach Europa initiiert. Ziel ist es, einen Transportkorridor von Europa nach Asien zu etablieren und sukzessive die Handelsstrukturen entlang des Korridors abzubauen.

Sebastian Heilmann, ist in Berlin als Senior Fellow am Center for Global Studies der Humboldt-Universität zu Berlin tätig. Er ist Autor und Mitautor mehrerer Bücher und zahlreicher Artikel zu China und Asien.

Dieser Artikel erschien am 9. Oktober in leicht veränderter Fassung in der Süddeutschen Zeitung.

Die heimliche Macht

Von Sebastian Heilmann

Die Aufmerksamkeit Europas richtet sich auf die drängenden Krisen in der eigenen Wirtschaft, in der Ukraine und im Nahen Osten – oder, wenn es um China geht, auf die Frage, wie die Führung des Landes wohl mit der Demokratiebewegung in Hongkong umgehen wird. Was dabei oft übersehen wird: Chinas Außenpolitik arbeitet so still wie systematisch auf eine Umgestaltung der internationalen Ordnung hin. Peking baut Parallelstrukturen zum bestehenden internationalen System aus. Mit einem Netz chinazentrierter Organisationen und Mechanismen stößt das Land gezielt in die Lücken etablierter zwischenstaatlicher Strukturen. China strebt damit eine größere Autonomie gegenüber den USA an und eine Ausweitung der Einflusssphäre über Asien hinaus. So sollen aus der Sicht Pekings internationale Organisationen und diplomatische Foren dem wachsenden Gewicht Chinas und anderer großer Schwellenländer sowie dem relativen Machtverlust der USA und Europas angepasst werden.

Die von China geförderten Parallelstrukturen erstrecken sich auf die Finanz- und Währungsökonomie, auf Handel und Investitionen, Infrastrukturprojekte, Sicherheitsfragen, Technologiestandards und diplomatische Dialogforen. Die Führung in Peking betreibt zudem die Internationalisierung ihrer „Volkswährung“, des RMB. Erklärtes Ziel ist es, die Dominanz des US-Dollars als globaler Leit- und Reservewährung zu begrenzen und auf eine multipolare Weltwährungsordnung hinzuarbeiten. Seit Jahren baut China an einem weltweiten Netz entsprechender Abkommen. Der Aufbau eines eigenen Zahlungssystems für RMB-Transaktionen in Konkurrenz zum bestehenden SWIFT soll die Autonomie gegenüber US-zentrierten Finanzmarktstrukturen weiter erhöhen.

Die Proteste in Hongkong haben für die Regierung in Peking zunächst vor allem eine Wirkung: Bisher hat sie die Stadt vor allem als Zugang zu den globalen Finanzmärkten genutzt. Pekings Sicht auf die Nützlichkeit und Verlässlichkeit Hongkongs wird künftig jedoch sehr viel kritischer ausfallen. Der Nutznießer dürfte Schanghai sein: Die chinesische Regierung wird den Ausbau der Mega-Stadt zum führenden Finanzplatz Chinas deutlich beschleunigen.

Chinas Vorstöße folgen einer inneren Logik. Nach Auffassung der Führung in Peking schließen die USA aus machtpolitischen Gründen China bei der Neuordnung des Welthandels aus. Sie verhandeln ihre Freihandelsabkommen, ohne die mittlerweile größte Güterhandelsökonomie China überhaupt mit einzubeziehen. Da versuchen nun die Chinesen gegenzuhalten, das Beispiel durch eine Initiative im asiatisch-pazifischen Raum, die „Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft“ (RCEP). Sie würde die zehn Staaten der ASEAN-Gruppe sowie Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland einschließen – also einen Raum, in dem ein Großteil des globalen Wirtschaftswachstums erzeugt wird.

Wichtig für Chinas Schatten-Außenpolitik sind auch länderübergreifende Infrastrukturprojekte. Der vom chinesischen Präsidenten 2013 angekündigte „Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel“ ist ein Megaprojekt. Ziel ist es, einen Transportkorridor von Europa nach Asien zu schaffen und sukzessive die Handelsschranken entlang des Korridors abzubauen. Ein Schwesterprojekt ist die „Maritime Seidenstraße“. Sie soll von Südostchina über die Golfregion nach Europa führen.

Sehr zur Irritation der USA zeigt China seit einigen Jahren Interesse an einer Alternative zum Panama-Kanal. Das Projekt „Nicaragua-Kanal“, mit dessen Bau im Dezember 2014 begonnen werden soll, treiben chinesische Privatinvestoren aus Hongkong im Verbund mit chinesischen Staatsunternehmen voran. Die Regierung in Peking bleibt im Hintergrund, zumal Nicaragua bislang keine offiziellen diplomatischen Beziehungen mit China unterhält.

Auch in der Sicherheitspolitik betreibt China den Ausbau neuer Kooperationen, um regionale Herausforderungen in Asien zu bekämpfen – aus Sicht Pekings sind dies vor allem Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Die „Konferenz für Interaktion und Vertrauensbildung in Asien“ und die „Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit“ orientieren sich an dem Grundsatz, dass asiatische Staaten die Sicherheitsprobleme in ihrer Region selbst lösen – also ohne Beteiligung der USA. In diesem Sinne stellten der Iran, Indien und Pakistan jüngst einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Schanghai-Organisation.

China treibt solche Parallelstrukturen mit langem Atem an, auch auf dem wichtigen Feld von Technologie-Standards. Die chinesische Industriepolitik zielt darauf ab, heimische Standards weltweit in High-Tech-Branchen zu etablieren. So sollen chinesische Unternehmen unabhängig von ausländischen Patenten und Lizenzen werden. Die globale Verbreitung chinesischer Technologie wird durch staatlich unterstützte Exporte vorangetrieben. In Afrika bauen seit Jahren Flaggschiff-Unternehmen wie ZTE oder Huawei komplette nationale Telekom-Infrastrukturen auf. In internationalen Organisationen tritt China vehement für die staatliche Kontrolle des Internets und nationale Souveränität auch im Cyberspace ein.

Die Vertiefung und Verknüpfung all dieser Strukturen steckt noch in ihren Anfängen. Die gegenwärtigen internationalen Spannungen beschleunigen jedoch den Ausbau der von China geförderten Mechanismen. Die chinesischen Initiativen beziehen international marginalisierte Länder ein, zum Beispiel Iran, Simbabwe oder Venezuela, die neue Partner für ihre innere Entwicklung und ihre Außenbeziehungen suchen. Ein gegenüber dem Westen isoliertes Russland dient China seit diesem Frühjahr als wichtiger und williger Partner.

Ungeachtet des zügigen Ausbaus von Parallelstrukturen engagiert sich China weiterhin in bestehenden Institutionen. Die chinesische Außenpolitik strebt also nicht den Ausstieg aus derzeitigen internationalen Organisationen und Regelwerken an. Vielmehr baut sie zusätzliche, teils ergänzende, teils konkurrierende, Kanäle zur Mitgestaltung der internationalen Ordnung jenseits des amerikanisch-westlichen Führungsanspruchs aus.

Diese neuen Strukturen berühren auch deutsche und europäische Interessen. Aufhalten lassen sich die chinesischen Vorstöße nicht, und die Europäer sollten sich auch nicht ohne Not in die Rivalitäten zwischen den USA und China hineinziehen lassen. Sie sollten vielmehr eine vorsichtige Mitwirkung in ausgewählten, entwicklungspolitisch konstruktiven Mechanismen prüfen. Denn es ist absehbar, dass das Zeitalter der westlich dominierten internationalen Institutionen zu Ende gehen wird.